



Bundesministerium  
des Innern



Freiheit  
Einheit  
Demokratie

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Hans-Christian Ströbele  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 22. Oktober 2010

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Oktober 2010**  
HIER **Arbeitsnummer 10/193**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

Klaus-Dieter Fritsche

Schriftliche Frage des Abgeordneten Hans Christian Ströbele  
vom 8. Oktober 2010  
(Monat Oktober 2010, Arbeits-Nr. 10/193)

---

Frage

Welche Angaben macht die Bundesregierung über eine zugesagte oder tatsächliche Beteiligung von Bundesbehörden primär-zuständig oder per Amtshilfen, insbesondere der Bundespolizei sowie der Bundeswehr vor allem durch Luftaufklärung an der Vorbereitung sowie Absicherung der nächsten Castor-Transporte auf Schiene und Straße (bitte vollständige Auflistung nach Behörde, Dauer, Art und Umfang der Maßnahmen), und wird die Bundesregierung nach den schlechten Erfahrungen beim G-8-Gipfel in Heiligendamm insbesondere auf den rechtlich fragwürdigen Einsatz von RECCE-Tornado-Aufklärern, welche derzeit angeblich täglich ost-westlich die Bahnstrecke im Kreis Lüchow-Dannenberg überfliegen, sowie auf Fertigung personenbezogener Film/Fotoaufnahmen durch diese Flugzeuge verzichten?

Antwort

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie das Bundesamt für Strahlenschutz waren bei Genehmigungen im Zusammenhang mit dem Atomgesetz eingebunden.

Die Bundespolizei ist im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags nach § 3 des Bundespolizeigesetzes auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes zuständig. Der Bundespolizei stehen hierfür auch Polizeihubschrauber zur Verfügung, welche zur Aufklärung genutzt werden können. Seit Beginn der Vorphase wurden im Bereich der zuständigen Bundespolizeidirektion Hannover -31- Überwachungsflüge mit Polizeihubschraubern durchgeführt.

Eine weitergehende Konkretisierung des künftigen Einsatzes der Polizeihubschrauber kann derzeit noch nicht erfolgen, da der Einsatz in Abhängigkeit der Lageentwicklung erfolgt.

Die Bundeswehr hat auf Anträge des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport und des Bundesministeriums des Innern Unterstützungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe (Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes) zugesagt.

Der Einsatz von RECCE-Tornado in Verbindung mit den Castor-Transporten ist nicht vorgesehen.